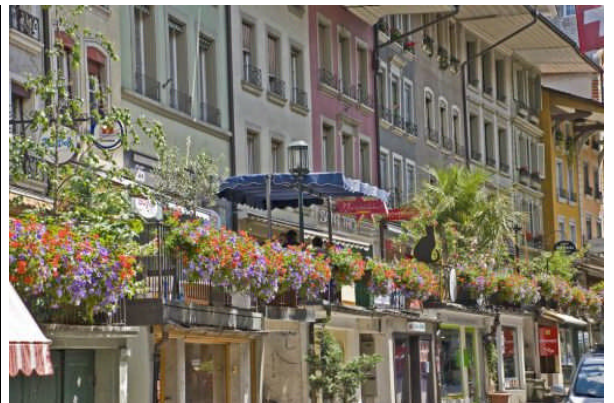




**Positionspapier der SP Thun für mehr Sicherheit
und Lebensqualität in der Innenstadt**

Für ein Nebeneinander von Nachtleben und Wohnen - geprägt von Toleranz und Respekt



Inhaltsverzeichnis

1	Zusammenfassung - Das Wichtigste in Kürze	4
2	Bereits das zweite Sicherheitspapier der SP Thun	5
3	Sicherheitsverständnis der Sozialdemokratischen Partei Thun	5
3.1	Sicherheit bedeutet auch soziale Sicherheit.....	5
3.2	Haltung der SP Thun zu fehlendem Respekt und Anstand	6
3.3	Grundsätzliche Haltung der SP Thun zur Sicherheit im öffentlichen Raum.....	6
4	Ausgangslage	6
4.1	Warum haben wir Sicherheitsprobleme in der Altstadt?	6
4.2	„Thun rockt“ will eine attraktive und vielfältige Ausgangssituation	6
4.3	IGT und Altstadt-Stamm fordern Massnahmen gegen Nachtlärm, Vandalismus und Verschmutzung	6
4.4	Broken-Windows-Theorie vernünftig umsetzen	7
5	Grundsätze der SP Thun	7
5.1	Die SP Thun will keine Gettoisierung des Nachtlebens.....	7
5.2	Die SP Thun ist erfreut über die Belebung der Altstadt	7
5.3	JA zu Grossveranstaltungen – JA zu Neuem	7
5.4	Für ein Nebeneinander von Wohnen & Nachtleben	8
5.5	Der Freiheit wo nötig Grenzen setzen	8
5.6	Null-Toleranz bei körperlicher Gewalt.....	8
5.7	Verhältnismässigkeit wahren.....	8
5.8	Sicherheit muss durch die Polizei garantiert werden	8
5.9	Geeignete private Sicherheitsdienste als Ergänzung zur Polizei.....	9
5.10	Bringt der neue Polizeivertrag mehr Sicherheit?	9
5.11	Finanzierung der Sicherheit in der Altstadt.....	9
6	Was können die Stadt Thun und der Regierungstatthalter tun?.....	10
6.1	Präventive Massnahmen	10
6.1.1	Koordinationsbüro für Grossveranstaltungen beibehalten	10
6.1.2	Präventionsarbeit in den Schulen.....	10
6.1.3	Integrationsmassnahmen zur Prävention von Jugendgewalt	10
6.1.4	Zivilcourage fördern: Konfliktschulung für Wirt/innen und deren Personal	11
6.1.5	Mit Plakaten die Nachtschwärmer/innen sensibilisieren.....	11
6.1.6	Ausgehmöglichkeiten auch für 16- und 17jährige	11
6.1.7	Streetworker im Einsatz gegen Perspektivlosigkeit.....	12
6.1.8	Ja zu Überzeitbewilligungen bis um 05:00 Uhr – aber nicht mehr in der Altstadt.....	12
6.1.9	Mehr öffentliche Toiletten und mobile Abfallbehälter.....	12
6.1.10	Häufigeres Leeren von Abfallbehältern und nächtliche Putzaktionen	12
6.1.11	Ja zur Video-Überwachung im öffentlichen Raum – aber nicht flächendeckend, sondern nur punktuell.....	12

6.2	Repressive Massnahmen	13
6.2.1	Betreiber/innen der Nachtlokale in die Pflicht nehmen	13
6.2.2	Abfallreglement überprüfen – Grundgebühren erhöhen	13
6.2.3	Mehr Präsenz von Kantons- und Gewerbepolizei und ergänzend dazu mehr geeignete private Sicherheitsleute	13
6.2.4	Öffentliche Arbeitsleistungen statt Gerichtsverfahren	14
6.2.5	Zwangsausnüchterung zulasten der Patient/innen	14
6.2.6	Rayon-Verbote für Wiederholungstäter/innen	14
6.2.7	Nein zum Alkoholverbot im öffentlichen Raum	14
7	Was sollten Private tun?	14
7.1	Wirt/innen sollen ihre Pflichten wahrnehmen und die Öffnungszeiten besser koordinieren	14
7.2	Liegenschaftsbesitzer/innen sollten schallhemmende Fenstern installieren und die Mieter/innen sorgfältig auswählen	15
8	Was sollte der Kanton Bern unternehmen?	15
8.1	Liberalisierung des Gastgewerbewesens überdenken	15
8.2	Die Polizei muss massvoll aufgestockt werden und mehr Kontinuität gewährleisten	15
8.3	Für private Sicherheitsdienste muss eine Bewilligungspflicht eingeführt werden	16
8.4	Ausländer/innen mit Niederlassungsbewilligung (Ausweis C) Polizeiausbildung ermöglichen und vermehrt Frauen ausbilden	16
8.5	Sicherheitsabgabe auf alkoholischen Getränken einführen	16
8.6	Ordnungsbussenverordnung anpassen	16
9	Was sollte der Bund tun?	17
9.1	Ein Pfand auf jedem Glas und auf jeder Flasche	17
10	Nicht zu vergessen: Auch in den Quartieren gibt es Sicherheitsprobleme	17
11	Neue Sicherheitsvorstösse	18
12	Schlusswort	18

SP Thun, 19. Mai 2010

1 Zusammenfassung - Das Wichtigste in Kürze

Die SP Thun hat ein neues Positionspapier zum Thema Sicherheit erarbeitet, das als Grundlage für Stadtratsvorstösse, Gespräche mit dem Gemeinderat, der Stadtverwaltung und übergeordneten SP-Gremien dient (SPS, SP BE).

Die SP Thun spricht sich für ein Nebeneinander von Nachtleben und Wohnen aus, das geprägt ist von Respekt und gegenseitiger Toleranz. Aufgrund der aktuellen Situation steht die Altstadt im Vordergrund. In einer zweiten Phase wird die SP Thun auch Massnahmen und Lösungen für die Quartiere vorschlagen.

Die SP Thun schlägt für die Stadt Thun folgende Massnahmen vor:

- Das neue Koordinationsbüro für Veranstaltungen soll beibehalten werden.
- Die Präventionsarbeit an den Schulen soll verstärkt werden.
- Die Zivilcourage muss durch Konfliktschulungen von Wirt/innen, Personal und Stammgästen aktiv gefördert werden
- Die Nachtschwärmer/innen sollen mit Plakaten sensibilisiert werden.
- Für Jugendliche sollen mehr Ausgelmöglichkeiten geschaffen werden.
- Der Einsatz von Streetworker/innen soll geprüft werden.
- Überzeitbewilligungen bis um 5 Uhr sollen in der Altstadt nicht mehr erteilt werden (diese Forderung hat der Regierungsstatthalter in der Zwischenzeit erfüllt).
- Das WC-Angebot soll erhöht werden.
- Es sollten mehr Abfallbehälter aufgestellt und diese häufiger geleert werden.
- Die Betreiber/innen von Nachtlokalen sind stärker in die Pflicht zu nehmen.
- Die Abfall-Grundgebühren sind für abfallintensive Gastwirtschafts- und Take-away-Betriebe massiv zu erhöhen
- Die Polizeipräsenz soll erhöht werden.
- Arbeiten für die Öffentlichkeit anstelle von Anzeigen.
- Die Kosten für die Zwangsausnüchterung sollen auf die Patient/innen überwält werden.

Auf kantonaler Ebene wird die SP Thun folgende Forderungen einbringen:

- Die Kantonspolizei soll mehr Kontinuität gewährleisten.
- Für private Sicherheitsdienste soll eine Bewilligungspflicht eingeführt werden.
- Ausländer/innen mit Niederlassungsbewilligung (Ausweis C) sollen zum Polizeidienst zugelassen werden.
- Gemeinden soll es ermöglicht werden, auf alkoholischen Getränken eine Sicherheitsabgabe einzuführen.
- Ordnungsbussen sollen auch von der Gewerbepolizei ausgesprochen werden dürfen.

2 Bereits das zweite Sicherheitspapier der SP Thun

Im Juni 2008 hat die SP Thun ein erstes Positionspapier für mehr Sicherheit in der Innenstadt präsentiert. Sie hat daraufhin im Stadtrat mehrere Vorstösse eingereicht, die am 20. November 2008 mehrheitlich überwiesen worden sind.

Diese Vorstösse beinhalteten Folgendes:

- Schaffen einer Jugendpolizei und eines Ordnungsamtes;
- Massnahmen gegen Littering;
- Massnahmen für eine bessere Integration von Migrant/innen;
- Fragen zu den Ausgehmöglichkeiten und Treffpunkten für Jugendliche.

Diese Vorstösse sind grösstenteils angenommen worden. Die SP Thun hofft auf eine zügige Umsetzung durch Gemeinderat und Verwaltung.

3 Sicherheitsverständnis der Sozialdemokratischen Partei Thun

3.1 Sicherheit bedeutet auch soziale Sicherheit

Sicherheit ist ein wichtiges Grundbedürfnis jedes Menschen. Sie muss vom Staat gewährleistet werden, damit sich jeder Mensch unabhängig seines Geschlechts, seines Alters, seiner Herkunft und seines Lebensstils sicher fühlen kann. Das Verhältnis zwischen den Sicherheitskräften des Staates und der Sozialdemokratischen Partei und ihr nahe stehenden Bewegungen (wie den Gewerkschaften und Umweltorganisationen) ist entkrampfter als auch schon. Deshalb befürwortet die SP Thun einen massvollen Ausbau der Polizeikräfte.

Sicherheit beinhaltet für die Sozialdemokratische Partei nicht nur Sicherheit für Leib und Leben, sondern auch soziale Sicherheit. Die soziale Sicherheit ist eine zivilisatorische Errungenschaft, für welche die Sozialdemokratische Partei zusammen mit den Gewerkschaften seit ihrer Gründung im 19. Jahrhundert kämpft. Deshalb engagiert sich die Sozialdemokratische Partei

- für sichere Arbeitsplätze und faire Löhne;
- für sichere Sozialwerke (AHV, IV, ALV);
- für eine Sozialhilfe, die den Menschen ein Leben in Würde ermöglicht;
- für eine Garantie auf medizinische Grundversorgung und für bezahlbare Krankenkassenprämien;
- für sichere Zukunftsperspektiven für die Jugend (Stipendien, genügend Lehrstellen, Arbeitsplätze für Lehrabgänger/innen, etc.);
- für die Gleichstellung von Frauen und Männern und gegen die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Lebensstils oder aufgrund von äusserlichen Merkmalen;
- für gut funktionierende und bürgernahe öffentliche Dienste (Post, Telekommunikation, Energie- und Wasserversorgung, Gesundheitswesen, Schulen und Universitäten, Kindertagesstätten, öffentlicher Verkehr, etc.);

- für eine sichere Zukunft unseres Planeten und der Menschheit, worunter auch der Kampf gegen die Klima-Erwärmung und für eine intakte Umwelt zu verstehen ist.

3.2 Haltung der SP Thun zu fehlendem Respekt und Anstand

Die SP Thun ist nach wie vor befremdet über die Minderheit von Nachtschwärmer/innen (Jugendliche und Erwachsene), die weder Respekt noch Anstand zeigen und der Öffentlichkeit Wochenende für Wochenende Probleme bereiten und unnötige Kosten verursachen. Die SP Thun will aber möglichst keine Massnahmen, die alle Ausgewilligen benachteiligen, sondern sie spricht sich vorab für gezielte Massnahmen aus, die diejenigen treffen, welche die Probleme verursachen.

3.3 Grundsätzliche Haltung der SP Thun zur Sicherheit im öffentlichen Raum

Sicherheit ist und bleibt eine zentrale öffentliche Aufgabe, die nicht delegierbar ist. Das Gewaltmonopol muss deshalb beim Staat bleiben. Trotzdem befürwortet die SP Thun den Einsatz von geeigneten privaten Sicherheitsleuten, jedoch nur ergänzend zur Arbeit der Kantons- und Gewerbepolizei und nur in einem klar definierten Rahmen, wobei die Gewerbepolizei mehr Kompetenzen erhalten sollte.

4 Ausgangslage

4.1 Warum haben wir Sicherheitsprobleme in der Altstadt?

Die Gründe für die nächtlichen Probleme in der Stadt und insbesondere in der Altstadt sind vielfältig: Sie beginnen beim veränderten Ausgehverhalten und dem liberalisierten Gastgewerbewesen und enden bei der Selve-Schliessung und dem Rauchverbot. Nicht zu vergessen ist aber, dass durch den Abriss der alten Mühle und des daraus entstandenen Mühleplatzes die Zahl der Gastbetriebe in der Altstadt deutlich gestiegen ist – und dass sich der Mühleplatz zu Thuns „Nightlife-Zentrum“ gewandelt hat.

4.2 „Thun rockt“ will eine attraktive und vielfältige Ausgangssituation

Im Oktober 2008 hat das Komitee „Thun rockt“ (<http://www.thunrockt.ch>) eine Petition eingereicht, mit der es vom Gemeinderat eine klare Strategie fordert. Der Gemeinderat solle sich vermehrt für die Anliegen der Jugend engagieren, wozu auch eine attraktive und vielfältige Ausgangssituation in der Innenstadt gehöre. Die SP Thun hat Verständnis für diese Forderungen.

4.3 IGT und Altstadt-Stamm fordern Massnahmen gegen Nachtlärm, Vandalismus und Verschmutzung

Im Dezember 2009 haben der Altstadt-Stamm und die Innenstadtgenossenschaft Thun (IGT) eine Petition eingereicht, in der vom Gemeinderat Massnahmen gegen Nachtlärm, Vandalismus und Verschmutzung gefordert werden. Die SP Thun unterstützt grundsätzlich die Anliegen des Altstadt-Stamms. Sie hat sich deshalb intensiv

mit Sicherheitsfragen auseinandergesetzt. Das vorliegende Positionspapier ist das Ergebnis dieser intensiven Auseinandersetzung.

4.4 Broken-Windows-Theorie vernünftig umsetzen

Die Broken-Windows-Theorie besagt, dass dort, wo etwas kaputt ist (Fenster, Auto, Fassade, etc.) ein psychologischer Anreiz besteht, noch mehr zu zerstören. Dies gilt ebenso für Verschmutzung und für Lärm. Die Theorie geht noch einen Schritt weiter: Wenn ein Stadtquartier einen heruntergekommenen Eindruck erweckt, steigt die Gefahr von aggressivem Verhalten. Im Interesse der Sicherheit der Bevölkerung sollte also Müll vermieden, Lärm eingedämmt und beschädigte Infrastrukturen raschmöglichst repariert werden. Dass dieser Grundsatz seine Berechtigung hat, zeigt sich in Thun am Erfolg des konsequenten Entfernens von Sprayereien. Bleiben diese stehen, wird immer mehr an dasselbe Objekt gesprayed. Werden sie rasch entfernt, bleibt das Objekt über längere Zeit sauber. Die Broken-Windows-Theorie ist teilweise umstritten und kann zu Überreaktionen führen. Trotzdem sollte man sie bis zu einem gewissen Grad ernst nehmen.

5 Grundsätze der SP Thun

5.1 Die SP Thun will keine Gettoisierung des Nachtlebens

Der Gemeinderat will, dass in der Altstadt Wohnraum, Gewerbebetriebe und Nachtlokale nebeneinander Platz haben. Die SP Thun teilt diese Auffassung aus den folgenden Überlegungen:

- Überall auf der Welt findet ein grosser Teil des Nachtlebens in den Innenstädten statt. Dies soll grundsätzlich auch in Thun nicht anders sein.
- Eine Gettoisierung des Nachtlebens ist nicht anzustreben (Beispiel ehemalige Selve-Partymeile). Es ist zwar für die Gäste angenehm, eine Vielzahl von Ausgehmöglichkeiten auf kleinstem Raum vorzufinden, aber die Gefahr von Auseinandersetzungen steigt an, je mehr Nachtschwärmer/innen sich am gleichen Ort aufhalten. So sind beispielsweise in der Thuner Altstadt weniger körperliche Auseinandersetzungen festzustellen, als es in der Ausgehmeile Selve-Areal der Fall war.

5.2 Die SP Thun ist erfreut über die Belebung der Altstadt

Das Zentrum einer Stadt soll leben, und zwar sowohl tagsüber wie in der Nacht. Die SP Thun ist deshalb grundsätzlich erfreut darüber, wie lebendig die Thuner Altstadt in den letzten Jahren geworden ist. Wer in der Altstadt lebt, profitiert von vielen Einkaufsmöglichkeiten und einem vielfältigen Kulturangebot in nächster Nähe. Die Schattenseite davon ist, dass die Belastungen durch Lärm, Abfall und Vandalismus höher sind als in einem Wohnquartier.

5.3 JA zu Grossveranstaltungen – JA zu Neuem

Für die SP Thun sind Grossveranstaltungen wichtig, denn sie machen Thun urban, repräsentieren Thun in überregionalen Medien und bringen Tausende bis Zehntausende von Menschen in die Innenstadt. Davon profitieren sowohl das Gastgewerbe wie auch die Geschäfte. Eine ablehnende Haltung der Stadt gegenüber neuen Grossveranstaltungen kann dazu führen, dass die Attraktivität der Stadt Thun im

Laufe der Zeit sinkt. Die SP Thun erwartet vom Gemeinderat, dass er ungefähr im Zweijahresrhythmus alle bestehenden Veranstaltungen einer kritischen Überprüfung unterzieht und den Mut hat, auch mal etwas sterben zu lassen, womit Raum für Neues geschaffen wird. Die SP Thun erwartet zudem vom Gemeinderat, dass er die Grossveranstaltungen so auswählt bzw. bewilligt, dass damit unterschiedliche Zielgruppen angesprochen werden. Von den Organisator/innen von Grossveranstaltungen erwartet die SP Thun, dass sie die Bewilligungen einhalten. Das Erneuern von Bewilligungen muss unter anderem davon abhängig gemacht werden, dass die Organisator/innen einen ausreichenden Ordnungsdienst bereitstellen respektive diesen bei erkannten Mängeln verbessern.

5.4 Für ein Nebeneinander von Wohnen & Nachtleben

Für die SP Thun soll ein Nebeneinander von Wohnen und Nachtleben in der Altstadt möglich sein – geprägt von Toleranz und Respekt. Die SP Thun nimmt sowohl die berechtigten Anliegen der Altstadtbewohner/innen ernst wie auch das Bedürfnis der Nachtschwärmer/innen nach einem vielfältigen Ausgehangebot bis in die frühen Morgenstunden. Die SP Thun versteht den Ärger der Altstadtbewohner/innen und unterstützt die Mehrheit ihrer Forderungen. Sie appelliert aber auch an deren Toleranz: Ein Ärgernis sind nämlich nicht nur anstands- und respektlose Nachtschwärmer/innen, sondern auch wenig tolerante Altstadtbewohner/innen, welche die Altstadt mit einem Wohnquartier im Grünen verwechseln.

5.5 Der Freiheit wo nötig Grenzen setzen

Wenn keine Grenzen gesetzt werden, wird dies von einzelnen ausgenützt. Aus diesem Grund spricht sich die SP Thun nicht nur für präventive Massnahmen aus, sondern - wo sinnvoll und nötig – auch für mehr Repression.

5.6 Null-Toleranz bei körperlicher Gewalt

Eines der zentralen menschlichen Bedürfnisse ist der dringende Wunsch nach Sicherheit für Leib und Leben. Opfer von Gewalttaten leiden häufig ihr ganzes Leben lang an den Folgen, oftmals psychisch mehr als physisch. Handelt es sich um schwere Gewalttaten, müssen die Täter/innen deshalb angemessen bestraft werden, und zwar nicht nur mit bedingten Freiheitsstrafen, sondern vermehrt mit unbedingten.

5.7 Verhältnismässigkeit wahren

Urinieren an ein Schaufenster ist eklig, weggeworfene Zigarettensammel oder Pizzaschachteln müssen von Dritten entsorgt werden, überlautes Reden hindert am Schlafen. Es handelt sich aber dabei nicht um schwere Verbrechen, sondern um simple Übertretungen. Sie sollen auch entsprechend geahndet werden: Mit dem unverzüglichen Aussprechen von Ordnungsbussen, welches die Betroffenen ärgert und sie zum sofortigen Überdenken ihres Verhaltens veranlasst, jedoch nicht zur Einschränkung ihrer materiellen Sicherheit führt.

5.8 Sicherheit muss durch die Polizei garantiert werden

Eine zentrale sozialdemokratische Forderung ist, dass die Sicherheit auch in Zukunft in erster Linie durch die Kantons- und Gewerbe Polizei gewährleistet sein muss. Dies gilt besonders für das Gewaltmonopol, das weiterhin ausschliesslich beim Staat sein darf. So dürfen bspw. Festnahmen, Körperdurchsuchungen, das Verhängen von

Bussen keinesfalls an private Sicherheitsdienste delegiert werden (Ausnahme: Parkbussen). Die SP Thun spricht sich deshalb für eine massvolle Aufstockung des Polizeicorps aus.

5.9 Geeignete private Sicherheitsdienste als Ergänzung zur Polizei

Private Sicherheitsdienste sollen auch in Zukunft nur ergänzend zur Kantons- und Gewerbepolizei und nur deeskalierend eingesetzt werden. Der Umstand, dass nur Schweizer Bürger/innen zur Polizeiausbildung zugelassen werden, führt dazu, dass gut geeignete Personen mit Migrationshintergrund eine private Sicherheitsausbildung absolvieren und anschliessend bei privaten Sicherheitsdiensten arbeiten. Die Stadt Thun sollte deshalb darauf achten, dass von ihnen beauftragte Sicherheitsdienste Leute aus unterschiedlichen Kulturen einsetzen..

5.10 Bringt der neue Polizeivertrag mehr Sicherheit?

Die SP Thun hofft, dass durch die Aushandlung des neuen Polizeivertrages zwischen der Stadt Thun und dem Kanton Bern Einsparungen anfallen. Träfe dies zu, so wird sich die SP Thun dafür einsetzen, dass dieses Geld unter anderem für die Sicherheit in der Stadt Thun verwendet wird, und zwar konkret

- für die Rekrutierung einer Jugendpolizei bei der Kantonspolizei;
- für die Einführung eines Ordnungsamtes und/oder Stärkung der Gewerbepolizei;
- für Schulungen in Konfliktbewältigung von Wirt/innen, deren Personal und Stammgästen;
- für Sensibilisierungskampagnen und Erziehungsarbeit in den Schulen;
- für mehr Polizeipatrouillen und ergänzend dazu mehr geeignete private Sicherheitsleute an Wochenenden;
- für öffentliche Toiletten und mobile Abfallbehälter.

5.11 Finanzierung der Sicherheit in der Altstadt

Sicherheit ist eine zentrale öffentliche Aufgabe, weshalb sie grundsätzlich durch die Öffentlichkeit finanziert werden muss. Wie bis anhin sollen aber auch die Betreiber/innen von Nachtlokalen an den Sicherheitskosten beteiligt werden (Patrouillen von privaten Sicherheitsleuten). Denkbar ist, dass sich diese künftig nicht nur an den Kosten für die Patrouillen der privaten Sicherheitsleute beteiligen, sondern auch an den Reinigungskosten (analog Stadt Luzern). Wie bisher sollen auch gelegentliche Veranstalter/innen an Sicherheitskosten beteiligt werden.

Zur Finanzierung beizusteuern haben bis zu einem gewissen Grad auch die IGT, die Vereinigung der Geschäftsleute und Liegenschaftsbesitzer/innen in der Innenstadt, so beispielsweise bei Infrastrukturkosten oder bei den Patrouillen von geeigneten privaten Sicherheitsleuten. Nicht zuletzt sollten sich auch die Grossverteiler an den Kosten beteiligen, denn diese sind es, die durch ihr Angebot an billigen alkoholischen Getränken zu den Mitverursachern der Probleme gehören.

6 Was können die Stadt Thun und der Regierungstatthalter tun?

6.1 Präventive Massnahmen

6.1.1 Koordinationsbüro für Grossveranstaltungen beibehalten

Grossveranstaltungen bringen jeweils für gewisse Altstadtbewohner/innen erhebliche Belastungen mit sich. Das neu geschaffene Koordinationsbüro für Veranstaltungen soll Abhilfe schaffen und zu einer besseren geographischen und zeitlichen Verteilung von Grossveranstaltungen führen. Dieses Koordinationsbüro muss unbedingt beibehalten werden.

6.1.2 Präventionsarbeit in den Schulen

Kinder und Jugendliche verbringen einen grossen Teil ihrer Zeit in der Schule. Eine gute Lernatmosphäre ist ohne Beziehungs- und Erziehungsarbeit nicht möglich. Aus diesem Grund muss nebst der Sach- auch die Sozialkompetenz gefördert werden – wie dies auch der kantonale Lehrplan festhält. Die gesellschaftliche Entwicklung bringt es mit sich, dass es Eltern gibt, die mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind, zu wenig Zeit haben oder die nötige Werthaltung nicht vermitteln können. Nebst dem, dass Eltern auch vermehrt wieder in die Pflicht ihrer Erziehungsarbeit genommen werden müssen, spielt die Schule eine wichtige Rolle beim Vermitteln und Vorleben von Werten wie Toleranz und Respekt. Diese Werte sind bereits in vielen bestehenden Schulleitbildern festgehalten und werden auch vielerorts thematisiert und umgesetzt. Die SP Thun fordert, dass diese Wertvermittlung regelmässig an den Thuner Schulen thematisiert wird. Ein Instrument dazu sind z.B. die Leistungsvereinbarungen, die im Zweijahresrhythmus zwischen Schulleitung, Schulkommission und Schulinspektorat abgeschlossen werden. Die Umsetzung kann in Form von Projekttagen oder -wochen geschehen. Viel wichtiger aber ist die Umsetzung im Schulalltag und zwar mit und unter allen Beteiligten (Schüler/innen, Eltern, Lehrpersonen). Unterstützung finden die Schulen u.a. bei den Beauftragten für Früherkennung und Suchtfragen oder bei den Schulsozialarbeiter/innen. Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch der Ausbau der Schulsozialarbeit, wie er für die nächsten Jahre vorgesehen ist.

Idealerweise sollte Präventionsarbeit aber bereits im Vorschulalter beginnen. In Bern läuft in vier Quartieren seit 2007 das fünfjährige Pilotprojekt „primano“. Die Inhalte des Projektes sind: Angebote für Eltern in den Quartieren, Hausbesuche in Familien mit Kleinkindern und Fördermodule für Spielgruppen und Tagesstätten. Das Projekt zeigt nach der Halbzeit bereits erste Erfolge und soll nach der Pilotphase weitergeführt werden. Ein nachahmenswertes Beispiel zur Frühförderung und Prävention, das auch in Thun umgesetzt werden sollte.

6.1.3 Integrationsmassnahmen zur Prävention von Jugendgewalt

Täter und Opfer von Jugendgewalt sind überproportional häufig junge Männer mit schlechten Bildungschancen aus sozial benachteiligten Familien. Massgebliche Risikofaktoren sind Gewalterfahrungen in der Familie und im nahen sozialen Umfeld, schlechte Bildungschancen und sozioökonomische Belastungen. Je mehr solcher Faktoren bei Jugendlichen zusammentreffen, desto grösser ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich zu Gleichaltrigengruppen zusammenschliessen, welche Gewalt befürworten und Gewalttaten begehen. Junge Männer mit einem Migrationshin-

tergrund sind besonders stark von solchen Risikofaktoren betroffen. Bei ihnen sind deshalb auch die Täterraten deutlich überdurchschnittlich. Wirksame Prävention muss auf diese Risikofaktoren einwirken; denn Gewalt von Jugendlichen ist in erster Linie ein soziales und kein ethnisches Problem. Wenn wir es schaffen, die Rahmenbedingungen für die soziale Integration zu verbessern, gelingt uns eine langfristig angelegte Gewaltprävention. Damit einhergehen muss eine umfassende Kinder- und Jugendförderung. Dazu gehören der chancengleiche Zugang zu Bildungsinstitutionen, ein genügendes Lehrstellenangebot, berufliche Perspektiven, funktionierender sozialer Ausgleich oder die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter.

Die SP Thun schlägt deshalb die folgenden Massnahmen vor:

- Fördern oder Einrichten von Mentoring-Programmen für Kinder aus sozial benachteiligten Familien.
- Einführung von Integrations-Coaching für gewaltbereite Jugendliche.
- Einführung von altersgerecht gestaltetem Sprachunterricht für fremdsprachige Kinder ab 3 Jahren bis Kindergartenentritt.
- Motivation fremdsprachiger Eltern zum Besuch von Deutschkursen.

6.1.4 Zivilcourage fördern: Konfliktschulung für Wirt/innen und deren Personal

Damit die Probleme abnehmen, braucht es mehr Zivilcourage. Darauf hat auch die Stadt Thun bereits mehrmals hingewiesen. Doch Zivilcourage entsteht nicht von alleine. Was im Dorf in der Regel eine Selbstverständlichkeit ist, nämlich dass Ältere das Verhalten von Jüngeren im positiven Sinne beeinflussen, muss in der Stadt gezielt herbeigeführt werden. Dies soll so aussehen, dass die Stadt Thun zusammen mit der Polizei für Wirt/innen von Nachtlokalen, deren Personal und Stammgäste Konfliktbewältigungsschulungen anbietet. Denn wenn die Wirt/innen, ihr Personal und ihre Stammgäste zusammenhalten, haben Störenfriede keine Chance – weder im noch vor dem Nachtlokal. Die Stammgäste von Nachtlokalen sollten ein grosses Interesse an mehr Sicherheit, weniger Lärm und Vandalismus in der Altstadt haben. Denn sie sind es, die zur Verliererseite gehören, wenn durch weitere Verbote und Gebote ihre Freiheiten eingeschränkt werden.

6.1.5 Mit Plakaten die Nachtschwärmer/innen sensibilisieren

Wer kennt sie nicht, die Plakate „Dieses Wochenende Abstimmung“ oder „Feuerwerk in der Altstadt verboten“? Plakate zeigen Wirkung, das zeigt nicht zuletzt die Plakat-Kampagne der APG für den fiktiven „Ali Kebab“. Deshalb sollte mit guten Bildern und pffigen Sprüchen die Nachtschwärmer/innen darauf aufmerksam gemacht werden, dass es in der Altstadt auch noch Menschen gibt, die dort wohnen – und dass unflätiges Benehmen nicht toleriert wird. Die SP Thun unterstützt deshalb den diesbezüglichen Vorstoss der FDP-Fraktion vom Dezember 2009. Die SP schlägt vor, dass die Stadt Thun für die Kreation dieser Plakate einen Wettbewerb durchführt, z.B. in Zusammenarbeit mit den Berufsschulen. Das Ziel sollte sein, dass die Nachtschwärmer/innen in ihrer Sprache angesprochen werden – und nicht mit dem Mahnfinger schulmeisterlich belehrend.

6.1.6 Ausgehmöglichkeiten auch für 16- und 17jährige

Jugendschutzbestimmungen werden zu Recht konsequenter durchgesetzt als noch vor ein paar Jahren. Dies hat aber dazu geführt, dass etliche Nachtlokale minderjährigen Jugendlichen keinen Einlass mehr gewähren. Der Gemeinderat müsste sich

deshalb überlegen, wie diesem Problem begegnet werden kann. Das Ziel muss sein, dass genügend sportliche und kulturelle Angebote für 16- und 17jährige Jugendliche bestehen.

6.1.7 Streetworker im Einsatz gegen Perspektivlosigkeit

Streetworker sind Sozialarbeiter/innen und Sozialpädagog/innen im Einsatz im öffentlichen Raum. Sie unterhalten sich professionell mit Jugendlichen und Erwachsenen, die für sich keine Perspektive sehen und bei ihrem Lebensstil weder auf sich selbst noch auf andere Rücksicht nehmen. Streetworker versuchen, diesen Menschen eine Perspektive zu vermitteln und ihren Lebensstil insofern zu beeinflussen, dass sie rücksichtsvoll mit sich selbst und ihrem Umfeld umgehen. Es ist deshalb zu prüfen, ob mit dem Einsatz von Streetworkern ein Teil der Probleme in der Altstadt – aber auch in den Quartieren – gelöst werden kann.

6.1.8 Ja zu Überzeitbewilligungen bis um 05:00 Uhr – aber nicht mehr in der Altstadt

Die Überzeitbewilligungen bis um 05:00 Uhr ermöglichen es Nachtschwärmer/innen, sich innerhalb eines Nachtlokals aufzuhalten, bis der öffentliche Verkehr seinen Betrieb wieder aufnimmt. Damit keine Verschiebung der Beeinträchtigungen in ein Wohnquartier erfolgt, muss der Regierungsstatthalter als Bewilligungsgeber darauf achten, die Überzeitbewilligungen an Nachtlokale in Gewerbebezonen zu erteilen und nicht an Nachtlokale in Wohnquartieren. Die SP Thun hat erfreut zur Kenntnis genommen, dass der Regierungsstatthalter dieser Forderung teilweise nachgekommen ist. Nicht nachvollziehen kann aber die SP Thun, warum der Regierungsstatthalter nicht alle Entscheide gleichzeitig gefällt und kommuniziert hat.

6.1.9 Mehr öffentliche Toiletten und mobile Abfallbehälter

Im Zuge von Sparmassnahmen sind in den letzten Jahren einige öffentliche WC-Anlagen geschlossen worden (z.B. Berntor). Diese sollten wieder geöffnet und saniert werden. Zudem sollte der Bau von versenkbaren WC-Anlagen und der Einsatz von mobilen Toiletten geprüft werden.

6.1.10 Häufigeres Leeren von Abfallbehältern und nächtliche Putzaktionen

Geprüft werden sollte aber auch das nächtliche Leeren von Abfallbehältern und das nächtliche Putzen der WC-Anlagen. Mit zusätzlichen öffentlichen WC-Anlagen, weiteren Abfallbehältern und Reinigung zum richtigen Zeitpunkt entsteht ein positiver Wirkungskreis: Weniger Abfall am Boden führt damit nicht nur zu weniger Abfall am Boden, sondern auch zu weniger öffentlichem Urinieren und zu geringerem aggressivem Verhalten. Sollte der Reinigungsauftrag von der Stadt an ein externes Unternehmen vergeben werden, sind ausschliesslich Unternehmen zu berücksichtigen, die mit den Gewerkschaften einen Gesamtarbeitsvertrag abgeschlossen haben.

6.1.11 Ja zur Video-Überwachung im öffentlichen Raum – aber nicht flächendeckend, sondern nur punktuell

Die Sozialdemokratische Partei Thun befürwortet grundsätzlich eine punktuelle Video-Überwachung im öffentlichen Raum. Jedoch nur dort, wo es notwendig und sinnvoll ist, nur als nicht delegierbare Aufgabe der öffentlichen Hand und nur unter Einhaltung der strengen kantonalen Vorgaben und im Rahmen der Datenschutzgesetzgebung. Die SP Thun lehnt den flächendeckenden Einsatz von Video-Überwachung ebenso ab wie die Video-Überwachung als Polizeiersatz.

6.2 Repressive Massnahmen

6.2.1 Betreiber/innen der Nachtlokale in die Pflicht nehmen

Zu den Problemverursachenden gehören auch einige Betreiber/innen von Nachtlokalen. Es darf nicht sein, dass sich einzelne Betreibende um Gesetze und Auflagen der Behörden foutieren. Es darf nicht sein, dass permanent gegen Jugendschutzbestimmungen verstossen wird. Und es darf nicht sein, dass die Sicherheitsmassnahmen ausschliesslich von der Öffentlichkeit bezahlt werden sollen, wie sich dies einzelne Betreiber/innen vorstellen. Denn die Sicherheitsmassnahmen sollen sowohl von der Stadt wie auch von den Nachtlokalbetreibenden finanziert werden – unter Umständen auch durch die Vereinigung der Geschäftsleute und Liegenschaftsbesitzer/innen in der Innenstadt, die Innenstadtgenossenschaft Thun (IGT). Die SP fordert deshalb die verschiedenen Akteur/innen zu noch engerer Zusammenarbeit auf, als dies bisher schon der Fall war. Und sie erwartet vom Regierungsstatthalter, dass er denjenigen Betrieben konsequent die generelle Überzeitbewilligung oder gar die Betriebsbewilligung entzieht, die wiederholt gegen die Auflagen verstossen. Damit Verstösse gegen die Jugendschutzbestimmungen festgestellt und sanktioniert werden können, sollte die Stadt Thun vermehrt Testkäufe durchführen lassen.

6.2.2 Abfallreglement überprüfen – Grundgebühren erhöhen

Das Abfallreglement der Stadt Thun stammt aus dem letzten Jahrhundert (1992). Seither sind etliche Take-away-Betriebe eröffnet worden, womit sich die Abfallproblematik deutlich verschärft hat. Deshalb sollten die Grundgebühren für Take-away-Betriebe, Tankstellenshops und Geschäfte mit verlängerten Öffnungszeiten deutlich erhöht werden. Damit könnten die Kosten gedeckt werden, die durch das Entsorgen von Verpackungen, Flaschen etc. entstehen, die von den Konsumierenden im öffentlichen Raum liegen gelassen werden und dadurch dem Gemeinwesen unnötige Kosten verursachen.

6.2.3 Mehr Präsenz von Kantons- und Gewerbepolizei und ergänzend dazu mehr geeignete private Sicherheitsleute

Es ist eine absolute Notwendigkeit, dass in der Altstadt Polizei, Gewerbepolizei und ergänzend dazu geeignete gut ausgebildete private Sicherheitsleute an den Wochenenden gemeinsam und in genügender Anzahl die ganze Nacht auf Patrouille sind. Deshalb muss deren Anzahl erhöht werden, und zwar nicht nur durch die Stadt, sondern auch durch die Gastgewerbebetriebe selbst. Sie sollten deshalb vermehrt dazu verpflichtet werden, eigene Security-Leute zu stellen, alternative Deeskalationsstrategien zu entwickeln und umzusetzen oder ihren Beitrag an die von Wirt/innen bezahlten Patrouillen zu erhöhen. Denn auch wenn es Gastgewerbebetreibende gibt, die ihre Gäste – nach eigenen Aussagen – gut im Griff haben, verlieren sie spätestens dann die Kontrolle, wenn ihre Gäste das Lokal verlassen. Polizei, Wirt/innen und geeignete private Security-Leute müssen zudem gut miteinander vernetzt sein, damit sofort gemeinsam eingegriffen werden kann, wenn die Situation an einem Ort eskaliert und ausser Kontrolle zu geraten droht. Denn nur die direkte und rasche Intervention führt zu weniger Auseinandersetzungen, weniger Lärm, weniger Vandalismus und weniger Verschmutzungen – und damit zu mehr Sicherheit und Lebensqualität.

6.2.4 Öffentliche Arbeitsleistungen statt Gerichtsverfahren

Als Alternative zu Strafanzeigen oder Gerichtsverfahren sollte die Stadt Thun öffentliche Arbeitsleistungen für fehlbare Nachtschwärmer/innen einführen. Überführten soll es bei Übertretungen (keine Offizialdelikte) auf freiwilliger Basis ermöglicht werden, einer Anzeige zu entgehen, indem sie für die Öffentlichkeit eine Arbeitsleistung erbringen. Für die SP Thun wären ideale Sühneleistungen nächtliche Reinigungsarbeiten in der Altstadt. Die Stadt Thun soll prüfen, ob sie niederschwellige Arbeiten für Überführte selber anbieten kann oder ob der Arbeitseinsatz bei einem privaten Unternehmen geleistet werden kann. Das Unternehmen sollte die Stadt dafür angemessen entschädigen, damit keine Wettbewerbsvorteile durch den Einsatz von Gratis-Arbeitskräften entstehen. Die SP Thun ist sich bewusst, dass die Umsetzung dieses Vorschlages nicht einfach ist. Möglich wäre beispielsweise eine Vereinbarung mit dem Kantonalen Amt für Freiheitsentzug und Betreuung.

6.2.5 Zwangsausnüchterung zulasten der Patient/innen

In der Stadt Zürich werden seit Mitte März Betrunkene und andere Berauschte zur Kasse gebeten, wenn sie von der Polizei in eine Ausnüchterungszelle gebracht werden müssen (<http://www.20min.ch/news/zuerich/story/28364327>). Wer weniger als drei Stunden in einer Ausnüchterungszelle verbleibt, bezahlt 600 Franken, bei längerem Aufenthalt kostet es 950 Franken..Diese Massnahme sollte die Stadt Thun ebenfalls prüfen. Dadurch könnten das Spital wie auch die Krankenkassenprämienzahlenden entlastet werden. Und für die Patient/innen könnte diese Massnahme eine heilsame Wirkung zeitigen.

6.2.6 Rayon-Verbote für Wiederholungstäter/innen

Wer sich wiederholt in der Altstadt in schwerer Weise straffällig gemacht hat, sollte zeitlich begrenzte Rayon-Verbote (Zutritts- und Aufenthaltsverbote) erhalten. Damit diese durchgesetzt werden können, ist es aber eine wichtige Voraussetzung, dass die Kantonspolizei in der Altstadt immer dieselben Polizist/innen auf Patrouille schickt und nicht, wie vorgängig schon geschildert, wechselnd Polizist/innen, die die örtlichen Verhältnisse in Thun nicht kennen. Damit das Rayonverbot als Denkkettel wirkt und nicht zur völligen Ausgrenzung von Wiederholungstäter/innen führt, sollten die Rayonverbote aber mit einer zeitlichen Beschränkung ausgesprochen werden (z.B. ein Monat).

6.2.7 Nein zum Alkoholverbot im öffentlichen Raum

Alkoholverbote im öffentlichen Raum treffen alle und nicht nur diejenigen, die sich respekt- und anstandslos benehmen. Deshalb lehnt die SP Thun diese Massnahme ab.

7 Was sollten Private tun?

7.1 Wirt/innen sollen ihre Pflichten wahrnehmen und die Öffnungszeiten besser koordinieren

Wirt/innen müssen ihre Pflichten im und ums Lokal wahrnehmen: Aufstellen von Aschenbechern, Reinigung nach Betriebsschluss in und um den Betrieb, Engagieren von Sicherheitsdiensten, wenn dies aufgrund der Betriebsstruktur nötig ist, Beteili-

gung an gemeinsamen Aktionen (z.B. Führen einer Pöblerliste, finanzielle Beteiligung am Ordnungsdienst in der Innenstadt). Die SP Thun erwartet zudem von den Betreiber/innen von Nachtlokalen eine Harmonisierung der Öffnungszeiten. Denn auch der „Suchverkehr“ der Nachtschwärmer/innen führt zu Beeinträchtigungen. Beeinträchtigungen, die mit wenig Aufwand vermieden werden könnten.

7.2 Liegenschaftsbesitzer/innen sollten schallhemmende Fenstern installieren und die Mieter/innen sorgfältig auswählen

Mit gezielten Massnahmen kann ein Teil des Lärms in der Altstadt eingedämmt werden. Aber er kann unmöglich völlig zum Verschwinden gebracht werden. Zudem wird es von den Altstadtbewohner/innen bereits als Lärm empfunden, wenn eine Gruppe von Leuten beieinander steht (z.B. Raucher/innen) und sich in normaler Lautstärke unterhält. Dies hat die Kantonspolizei bei ihren Patrouillen von Mitte November 2009 bis Anfang Januar 2010 festgestellt und am 12. Januar 2010 der Öffentlichkeit kommuniziert. Die Schlussfolgerung daraus lautet, dass Besitzer/innen von Altstadtliegenschaften ihre Wohnungen mit schallhemmenden Fenstern ausstatten sollten. Zudem sollten die Liegenschaftsbesitzer/innen die Probleme nicht noch verschärfen: Sie sollten keine Räumlichkeiten vermieten, wenn dies eine Nutzungsänderung in ein Nachtlokal zur Folge hat; denn dadurch sind Konflikte programmiert. Sie sollten sich ihrer Verantwortung bewusst sein, diese wahrnehmen und nicht nur den Profit in den Vordergrund stellen.

8 Was sollte der Kanton Bern unternehmen?

8.1 Liberalisierung des Gastgewerbewesens überdenken

Auslöserin der meisten nächtlichen Probleme im öffentlichen Raum ist die Liberalisierung des Gastgewerbewesens. Die Liberalisierung der Öffnungszeiten hat dazu geführt, dass sich Nachtschwärmer/innen viel länger im öffentlichen Raum aufhalten als früher, wo kurz vor oder nach Mitternacht Feierabend war. Dies hat zu deutlich längerem Alkoholkonsum geführt – mit all seinen Nebenerscheinungen. Zudem hat die Aufhebung der Bedürfnisklausel und der Wirtepatentpflicht (für Gastwirtschaftsbetriebe mit weniger als 30 Sitzplätzen) dazu geführt, dass die Anzahl der Nachtlokale geradezu explodiert ist. Das Rad der Zeit kann nicht mehr zurückgedreht werden. Ebenso wenig kommt für die Sozialdemokratische Partei eine Bevormundung der Bürger/innen in Frage, beispielsweise durch ein Alkoholausschankverbot ab einem gewissen Zeitpunkt. Eingegriffen werden sollte aber auf der Angebotsseite: Die Patentpflicht ist wieder für alle Gastwirtschaftsbetreibende einzuführen, um deren Qualität zu erhöhen. Zudem sollten die steigenden Sicherheitskosten von denjenigen bezahlt werden, die sie verursachen (siehe Kapitel 5.11 und 8.5).

8.2 Die Polizei muss massvoll aufgestockt werden und mehr Kontinuität gewährleisten

Die Kantonspolizei setzt nicht immer dieselben Polizist/innen ein. Dies war bei der vormaligen Stadtpolizei anders, was die positive Folge hatte, dass die Polizist/innen sowohl die auffälligen Leute als auch die örtlichen Verhältnisse kannten. Wäre dies noch heute so, könnte die Polizei gezielter deeskalierend wirken. Deshalb sollte die Kantonspolizei immer dieselben Polizist/innen in der Thuner Altstadt auf Patrouille schicken und zwar möglichst Polizist/innen, die Thun gut kennen. Zur Kontinuität ge-

hört auch, dass diejenigen Polizist/innen, die in der Altstadt auf Patrouille sind, nur im Notfall für andere Ereignisse abgezogen werden.

8.3 Für private Sicherheitsdienste muss eine Bewilligungspflicht eingeführt werden

Sicherheitsdienste müssen qualitativ gut sein. Die Unternehmen und deren Angestellte müssen fachliche und persönliche Voraussetzungen erfüllen, die dazu führen, dass sie ihre Sicherheitsdienste kompetent erfüllen können. Sie dürfen weder belächelt werden noch als Rambo-Truppe verschrien sein. Zudem sollen die Unternehmen einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) unterstellt sein bzw. einen Firmen-GAV abschliessen, solange kein allgemein verbindlicher Branchen-GAV besteht. Aus all diesen Gründen ist es nötig, dass auf kantonaler Ebene eine Bewilligungspflicht für Sicherheitsdienste eingeführt wird.

8.4 Ausländer/innen mit Niederlassungsbewilligung (Ausweis C) Polizeiausbildung ermöglichen und vermehrt Frauen ausbilden

Die SP Thun sieht keinen Grund, warum Ausländer/innen mit Niederlassungsbewilligung (Ausweis C) nicht zum Polizeidienst zugelassen werden. Sie spricht sich deshalb dafür aus, dass der Kanton Bern die entsprechenden Regelungen anpasst. Denn Ausländer/innen mit Niederlassungsbewilligung wären im Polizei-Corps des Kantons Bern dank ihrem unterschiedlichen kulturellen Hintergrund eine wertvolle Ergänzung. Zudem sollte der Kreis der für eine Polizeiausbildung in Frage kommenden Menschen nicht künstlich und völlig unnötig eingeschränkt werden. Im Gegenteil sollte das Polizeicorps auch durch die gezielte Förderung von Frauen ausgebaut werden.

8.5 Sicherheitsabgabe auf alkoholischen Getränken einführen

An den Sicherheitskosten sollten sich auch diejenigen beteiligen, die die Probleme verursachen: Die Nachtschwärmer/innen selbst. Die SP Thun fordert deshalb die Einführung einer Sicherheitsabgabe auf alkoholischen Getränken. Diese sollte sowohl in Nachtlokalen erhoben werden wie auch in Grossverteilern, die abends geöffnet haben (Coop, Aperto, Tankstellenshops etc.). Die Sicherheitsabgabe sollte jedoch angemessen sein, damit die Verhältnismässigkeit gewahrt wird und sich nicht alle Nachtschwärmer/innen bestraft fühlen. Die SP Thun denkt deshalb eher an eine Gebühr von zehn Rappen als an einen Franken pro Bier. Da für die Einführung einer Sicherheitsabgabe zuerst die kantonale Gesetzgebung geändert werden muss, fordert die SP Thun den Gemeinderat dazu auf, auf kantonaler Ebene vorstellig zu werden, dies eventuell zusammen mit anderen Städten.

8.6 Ordnungsbussenverordnung anpassen

Ordnungsbussen wirken meistens, denn es ist eine alte Weisheit, dass die Bürger/innen oftmals übers Portemonnaie erzogen werden müssen. Zurzeit erlauben aber die eidgenössische und die kantonale Ordnungsbussenverordnung (OBV/KOBV) nur uniformierten Polizist/innen, Ordnungsbussen auszusprechen. Die OBV/KOBV sollte insofern gelockert werden, dass künftig auch – sich gehörig ausweisende - Gewerbe Polizist/innen und nicht uniformierte Polizist/innen Ordnungsbussen aussprechen können. Dies würde dazu beitragen, dass Ordnungsbussen effizienter ausgesprochen werden können. Zudem würde es ermöglichen, dass nicht uniformierte Polizist/innen die Patrouillen von uniformierten Polizist/innen ergänzen.

Dies könnte verhindern, dass durch die reine Präsenz von uniformierten Polizist/innen Aggressionen entstehen. Zudem könnten nicht uniformierte Polizist/innen gewisse Straftaten konsequenter ahnden als uniformierte Polizist/innen, weil sich die Fehlbaren nicht bewusst sind, dass sich Polizist/innen in der Nähe aufhalten und ihr Verhalten beobachten.

9 Was sollte der Bund tun?

9.1 Ein Pfand auf jedem Glas und auf jeder Flasche

Wirtschaftsverbände wehren sich seit Jahren gegen die allgemeine Einführung eines Flaschenpfandes, weil sie an Selbstregulierung und Selbstverantwortung glauben. Doch die Realität zeigt leider ein anderes Bild. Deshalb müsste auf eidgenössischer Ebene ein Flaschenpfand eingeführt werden. Ebenso wirksam wäre ein Pfand auf Gläsern, wie es beispielsweise an Openairs gang und gäbe ist. Die Stadt Thun sollte die Bewilligung von grösseren Anlässen grundsätzlich an die Bedingung knüpfen, dass auf Gläsern und Bechern ein Pfand erhoben wird. Geben die Getränkeverkäufer/innen die Becher beispielsweise zusammen mit einem Pfandbon ab, ist auch schon das Risiko von Missbrauch vom Tisch, das als Gegenargument gegen das generelle Pfand ins Feld geführt werden könnte.

10 Nicht zu vergessen: Auch in den Quartieren gibt es Sicherheitsprobleme

Die Themen Sicherheit und Lebensqualität geniessen zurzeit in der Altstadt höchste Priorität. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass auch in den Quartieren Sicherheitsprobleme zu lösen sind. Für die SP Thun stehen dabei nicht quartierspezifische Probleme im Vordergrund, sondern Probleme, die in allen Quartieren bestehen. Diese Probleme sind im Grossen und Ganzen dieselben wie in der Altstadt – mit Ausnahme des Nachtlärms um Ausgehlokale. Insbesondere stellen sich die folgenden Probleme:

- Fehlende Abfallbehälter oder deren seltene Leerung;
- Littering und Vandalismus an öffentlichen Anlagen und Gebäuden (Schulen, Schulwege, Kinderspielplätze, Grünanlagen);
- Gewalt auf Schulwegen;
- Strassenabschnitte, die für Velofahrer/innen und Fussgänger/innen gefährlich sind;
- Velofahrer/innen auf Gehsteigen;
- Zu wenig Verkehrskontrollen wegen Personalknappheit bei der Polizei;
- Fehlende Ausgangs- oder Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche, was dazu führt, dass sie sich lärmend im öffentlichen Raum aufhalten und Abfall hinterlassen.

Detaillierte Massnahmen für die Quartiere zu erarbeiten, würde den Rahmen dieses Positionspapiers sprengen. Quartierprobleme werden deshalb in einer separaten Arbeitsgruppe besprochen. Grundsätzlich ist die SP Thun der Meinung, dass es nicht sein darf, dass aufgrund fehlender Ressourcen bei der Polizei Verkehrskontrollen

und Patrouillen in den Quartieren vernachlässigt werden. Zudem gilt in Bezug auf Abfallbehälter dasselbe wie für die Altstadt: Es braucht zusätzliche Behälter und deren häufigere Leerung oder der Abfallbehälter mit solarbetriebener Presse: Dank des Zusammenpressens findet darin siebenmal mehr Abfall Platz. Die Verkehrsprobleme müssen separat behandelt werden – analog der Altstadt. Gewalt auf den Schulwegen und Vandalismus müssen vertieft behandelt werden.

11 Neue Sicherheitsvorstösse

Die Sozialdemokratische Stadtratsfraktion erarbeitet zurzeit Vorstösse, die zum Ziel haben, die Lebensqualität der Altstadt-Bewohner/innen zu erhöhen, ohne gleichzeitig alle Nachtschwärmer/innen zu bestrafen. 2010 hat die Stadtratsfraktion die folgenden Vorstösse für mehr Sicherheit & Lebensqualität in der Altstadt eingereicht:

- Postulat für die Organisation und Durchführung von Konfliktbewältigungsschulungen für Wirte, Personal und Stammgäste von Nachtlokalen
- Interpellation zum neuen Polizeivertrag und dem in diesem Zusammenhang eventuell neu zu schaffenden Ordnungsamt sowie der Bestellung einer Jugendpolizei
- Postulat für mehr Polizeipräsenz und ergänzend dazu mehr geeignete private Sicherheitsleute in der Altstadt
- Postulat für mehr öffentliche Toiletten und mehr Abfallbehälter in der Altstadt
- Postulat für die Einführung von Arbeiten im öffentlichen Raum für Straffällige als Alternative zu Gerichtsverfahren.
- Initiierung von Veranstaltungen von Jugendlichen für Jugendliche..

12 Schlusswort

Die SP Thun hofft, dass ihre Vorschläge von den anderen Parteien, vom Gemeinderat, von der Verwaltung, vom Kanton Bern und von der Kantonspolizei, aber auch von der Innenstadtgenossenschaft Thun (IGT), vom Altstadtstamm wie auch vom Komitee „Thun rockt“ mitgetragen werden. Denn Sicherheit geht uns alle an!

SP Thun, 19. Mai 2010